

Eidgenössische Räte – Sommersession 2020

Alters- und generationenpolitische Vorlagen

Auszug aus «Die Sitzungen in Kürze (Keystone-SDA)»

Mit den Schlussabstimmungen haben National- und Ständerat die Sommersession in den Bernexpo-Hallen abgeschlossen. 32 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach. Dabei sind auch jene, die wegen der Corona-Pandemie abgebrochenen Frühjahrsession im März liegen geblieben sind. Verabschiedet worden sind der indirekte Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative, das modernisierte Aktienrecht mit Geschlechterraichtwerten für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte, die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose und Gesetzesgrundlagen für eine Corona-Proximity-Tracing-App.

Chronologisch (Themen alphabetisch)

AHV-NUMMER

SR 10.6.20 Behörden sollen systematisch auf die AHV-Nummer zurückgreifen können, um Personen eindeutig zu erkennen und die Verwaltungsarbeit effizienter zu machen. Der Ständerat ist einverstanden mit den erforderlichen Gesetzesänderungen. Organisationen ohne Behördencharakter, die eine Verwaltungsaufgabe erfüllen, sollen die dreizehnstellige Nummer wie bisher nur aufgrund einer spezialgesetzlichen Grundlage verwenden dürfen. Das betrifft insbesondere Krankenkassen, Pensionskassen und Bildungseinrichtungen. Die Verwendung der AHV-Nummer zu rein privaten Zwecken bleibt ausgeschlossen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

ALTERSVORSORGE

NR 2.6.20 Wer in jungen Jahren nicht in der Lage gewesen ist, in die Säule 3a einzuzahlen, soll das später nachholen können. Die höheren Einzahlungen sollen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer entsprechenden Motion zu. Eine nachträgliche Einzahlung stärke die Vorsorge jener, die in jungen Jahren kein 3a-Konto gehabt

hätten oder die finanziellen Mittel nicht hätten aufbringen können, sagte Regine Sauter (FDP/ZH) im Namen der Kommissionsmehrheit. Der Rat nahm die Motion mit 112 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung an. Aus Sicht der Minderheit eröffnet der Abzug jedoch nur ein "beträchtliches Steueroptimierungspotential für Vermögende", wie Mattea Meyer (SP/ZH) sagte. Auch Sozialminister Alain Berset sagte, dass die Vorlage Ungleichheiten verstärken würde.

BILDUNG

SR 8.6.20 Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Der Ständerat hat die vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen gutgeheissen. Die Regierung will im Gesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) verankern, dass neben der Assoziierung an internationale Förderprogramme gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können. Nach neuer Regelung soll die Regierung einer privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Institution Aufgaben übertragen können. Der Ständerat hat dazu im Gesetz ergänzt, dass das zuständige Staatssekretariat dieser Agentur auch die Vergabe von Beiträgen übertragen kann. Zudem sollen die Struktur und Rechtsform der Agentur genannt werden. Als nächstes berät der Nationalrat über die Totalrevision.

DATENSCHUTZ

SR 2.6.20 Der Bundesrat kann die modernisierte Datenschutzkonvention des Europarates ratifizieren. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat seine Zustimmung gegeben, mit 41 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Der Nationalrat hatte seine Zustimmung im März mit 185 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gegeben. Die überarbeitete Version sieht mehr Schutz für die Betroffenen und ausgeweitete Pflichten für Datenschutz-Verantwortliche vor. Sobald das Datenschutzgesetz unter Dach und Fach ist, kann die Schweiz modernisierte Datenschutzkonvention ratifizieren.

E-BIKES

Der Nationalrat will die Altersgrenze für E-Bikes senken. Er hat eine Motion von Philippe Nantermod (FDP/VS) angenommen. Diese verlangt, dass schon unter 14-Jährige in Begleitung Erwachsener E-Bikes mit einer Tretunterstützung bis 25 km/h benutzen dürfen. Heute liegt die Altersgrenze bei 14 Jahren. Der Vorstoss zielt vor allem auf die touristische Nutzung ab: Der Bundesrat soll die Verwendung auf Orte mit schwachem Verkehrsaufkommen beschränken können. Mit dieser Einschränkung unterstützt die Regierung das Anliegen. Eine Motion aus dem Ständerat ohne Begleitmassnahmen hatte er abgelehnt. Die kleine Kammer nahm diese trotzdem an.

EHE

NR 3.6.20 Homosexuelle Paare sollen in der Schweiz künftig die Ehe eingehen können. Der Nationalrat hat am Mittwoch die Debatte über die «Ehe für alle» aufgenommen. Die Rede war von einem "historischen Schritt". Alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP sprachen sich für die Änderung des Eherechts aus. Eine Entscheidung ist aber noch nicht gefallen, weil die Debatte wegen Zeitmangels abgebrochen werden musste. Sie wird voraussichtlich nächste Woche fortgesetzt. Zu reden geben dürfte dabei der Zugang zur Samenspende für lesbische Ehepaare. Heute können gleichgeschlechtliche Paare ihre Partnerschaft eintragen lassen, was aber nicht mit den gleichen Rechten und Pflichten verbunden ist wie die Ehe. Diese ist heute Mann und Frau vorbehalten.

NR 11.6.20 Gleichgeschlechtliche Paare sollen die Ehe eingehen können. Das hat der Nationalrat am Donnerstag beschlossen, gegen den Widerstand der SVP. Gleichzeitig sprach er sich für den Zugang lesbischer Ehepaare zur Samenspende aus. Es handelte sich um den umstrittensten Punkt der Vorlage «Ehe für alle», die auf eine parlamentarische Initiative der Grünliberalen zurückgeht. Die Rechtskommission hatte beantragt, das Thema Samenspende in einer separaten Vorlage zu behandeln, um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nicht zu gefährden. Auch Justizministerin Karin Keller-Sutter sprach sich dafür aus, zuerst die offenen Fragen zu dem Thema zu klären. Eine klare Mehrheit des Nationalrats sagte aber Ja zur Samenspende. Nun ist der Ständerat am Zug.

FRÜHFÖRDERUNG

NR 18.6.20 Kinder sollen mit weniger grossen Unterschieden in ihrer Entwicklung in die Schulkarriere starten. Der Nationalrat hat ein Gesetzesprojekt angenommen, damit Kinder bereits vor dem Kindergartenalter gefördert werden können. Der Entscheid fiel mit 109 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Vorgesehen ist, dass der Bund pro Jahr höchstens vier Kantonen einmalig Finanzhilfen gewähren kann, und zwar für die Dauer von je drei Jahren und in Höhe von jährlich 100'000 Franken. Insgesamt sollen in den nächsten zehn Jahren 8,45 Millionen Franken eingesetzt werden. Gegen das Gesetz stellten sich die SVP und die FDP. Als nächstes berät der Ständerat über die Vorlage.

GESUNDHEIT

NR 8.6.20 Der Nationalrat hat die Debatte über Massnahmen zur Senkung der Gesundheitskosten aufgenommen. Es handelt sich um den ersten Teil des Massnahmenpakets, mit dem mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr gespart werden

sollen. Zentrale Elemente sind die Verstärkung der Rechnungskontrolle, ein System zur Weiterentwicklung der ambulanten Tarife und der so genannte Experimentierartikel. Mit Letzterem sollen günstigere und bessere Modelle erprobt werden können. Aus Zeitgründen hat der Nationalrat die Debatte darüber noch nicht beendet. Weitere Massnahmen wie das umstrittene Referenzpreissystem für Generika hat der Nationalrat in eine zweite Vorlage ausgelagert.

NR 18.6.20 Der Bundesrat muss Massnahmen aufzeigen, damit die Wissenschaft und das Gesundheitspersonal in den Bereichen Forschung, Prävention und Pflege die spezifischen Bedürfnisse der Frauen besser berücksichtigen. Laut Laurence Fehlmann Rielle (SP/GE), die ein Postulat mit dieser Forderung eingereicht hatte, wird das Leiden von Frauen regelmässig nicht ernst genommen. Frauen erhielten daher nicht immer eine angemessene Pflege. Beispielsweise würden Herzinfarkte und Schlaganfälle bei Frauen oft übersehen. Nicht alle sahen den Handlungsbedarf. Frauen seien nicht Opfer von geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Konstrukten, argumentierte Therese Schläpfer (SVP/ZH). Der Bundesrat hatte die Ungleichbehandlung anerkannt und sich bereit erklärt, diese zu untersuchen. Die grosse Kammer nahm das Postulat mit 113 zu 69 Stimmen an.

KINDERTAGESSTÄTTEN

NR 8.6.20 Das Parlament hat an der ausserordentlichen Session einen Kredit in Höhe von 65 Millionen Franken zugunsten von Kitas gesprochen, die im Zuge der Corona-Krise ins Schlingern geraten sind. Spielgruppen profitieren nicht von den Subventionen. Spielgruppen gehörten nicht zur familienergänzenden Kinderbetreuung und hätten deshalb keinen Anspruch auf die Kredite, sagte Innenminister Alain Berset im Nationalrat. Bei Spielgruppen stehe nicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund, sondern die soziale Integration der Kinder. Berset äusserte sich im Rahmen der Fragestunde. Nationalrätin Sandra Locher Benguerel (SP/GR) kritisierte, dass das Parlament die Spielgruppen explizit als Betroffene genannt habe, als es dem Bundesrat den Auftrag für Finanzhilfen erteilt habe.

LITTERING

SR 3.6.20 Der Bundesrat muss weitere Massnahmen gegen Littering ergreifen. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen und einer Motion von Jacques Bourgeois (FDP/FR) stillschweigend zugestimmt. Bourgeois begründete seine Motion damit, dass noch immer Abfällen in grossem Stil weggeworfen würden. Die vorberatende Kommission nannte als mögliche Massnahmen etwa Sensibilisierungskampagnen für die Bevölkerung. Angesetzt werden solle aber auch bei der Pro-

duktion und Abgabe von Verpackungen. Der Bundesrat ist bereit, die Motion anzunehmen. Der Auftrag sei aber sehr vage formuliert, sagte Umweltministerin Simonetta Sommaruga.

PFLEGE

SR 10.6.20 Mit einer Ausbildungsoffensive und neuen Kompetenzen will der Ständerat den Pflegeberuf stärken. Er hat am Mittwoch einen indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative gutgeheissen. Mit der Förderung von Ausbildungen und zusätzlichen Kompetenzen soll der Berufsstand aufgewertet werden. Unter anderem können die angehenden Pflegefachkräfte während der Ausbildung direkt von den Kantonen unterstützt werden. Die Kosten für den Bund belaufen sich auf rund 400 Millionen Franken. Der Nationalrat hatte der Gesetzesänderung in der Wintersession zugestimmt. Er will etwas weiter gehen als der Ständerat.

ÜBERBRÜCKUNGSRENTE

NR 2.6.20 Der Nationalrat hat zum dritten Mal über die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose beraten. Er hat zugestimmt, dass der Plafond der Überbrückungsleistungen auch die Krankheits- und Behinderungskosten umfassen soll. Es bleibt damit eine einzige inhaltliche Differenz zum Ständerat. Diese betrifft die Obergrenze der Überbrückungsrente für Alleinstehende. Dafür muss nun die Einigungskonferenz eine Lösung suchen. Es zeichnet sich ab, dass sich als Obergrenze das 2,25-Fache des allgemeinen Lebensbedarfs durchsetzt. Das entspricht der Lösung des Nationalrats.

SR 10.6.20 Der Streit um die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose ist beigelegt: Der Ständerat hat das letzte Detail zum neu geschaffenen Sozialwerk geklärt. Er hiess dazu einen Antrag der Einigungskonferenz mit 27 zu 16 Stimmen und bei 2 Enthaltungen gut. Nein-Stimmen kamen aus der SVP, der CVP- und der FDP-Fraktion. Das Parlament versuchte bei der Schaffung einer Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose den Spagat: Es wollte die Altersarmut senken, ohne Fehlanreize im Arbeitsmarkt zu schaffen. Das nun fertig behandelte Bundesgesetz sieht vor, ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren mit einer Rente unter die Arme zu greifen. Sie sollen möglichst nicht mehr in die Sozialhilfe abrutschen. Der Nationalrat muss über den Antrag der Einigungskonferenz noch abstimmen.

VERTRAGSRECHT

SR 11.6.20 Der Nationalrat will Konsumenten besser schützen vor Verträgen, die sich nach Ablauf der Vertragsdauer automatisch und stillschweigend erneuern. Der

Ständerat dagegen sieht keinen Handlungsbedarf. Er hat ist nicht auf eine Ergänzung des Obligationenrechts eingetreten. Der Entscheid fiel knapp mit 22 zu 20 Stimmen. Durchsetzen konnte sich eine Allianz aus FDP-, CVP- und SVP-Vertretern. Sie kritisierte die Vorlage als gesetzlichen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Auch Justizministerin Karin Keller-Sutter sah keinen Mehrwert in der Anpassung des Rechts. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Dieser hatte in der Frühjahrssession die Gesetzesänderung relativ deutlich beschlossen. Demnach müssten Konsumenten vor der erstmaligen automatischen Verlängerung eines Vertragsverhältnisses benachrichtigt werden.

VORSORGE

Nr 2.6.20 Der Nationalrat ist dagegen, dass das Parlament die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) kontrollieren kann. Er hat eine Motion aus dem Ständerat mit diesem Ziel diskussionslos abgelehnt. Mit dem Ja zum Vorstoss wollte die kleine Kammer auch erreichen, dass Weisungen der OAK BV vorgängig durch Bundesämter auf ihre Gesetzeskonformität überprüft werden müssen. Motionär Alex Kuprecht (SVP/SZ) hatte argumentiert, weder das Innendepartement noch das Parlament könnten heute die OAK BV bei Kompetenzüberschreitungen aufhalten. Der Bundesrat war gegen den Vorstoss, weil er die Unabhängigkeit der OAK BV nicht beschneiden wollte.

WIEDEREINSTIEG DER FRAUEN IN DEN BERUF

Der Nationalrat hat mit 139 zu 57 Stimmen einem Postulat von Ratspräsidentin Isabelle Moret (FDP/VD) zugestimmt. Es fordert den Bundesrat auf, dem Parlament einen Überblick zu geben über die Bedürfnisse und das Angebot hinsichtlich Beratung zur Erleichterung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen. Im Fokus stehen sollen die elf Beratungsstellen, die früher vom Bund mitfinanziert wurden. Der Bundesrat lehnt das Postulat ab. Mittlerweile hätten sechs Beratungsstellen andere Finanzierungsquellen gefunden. Drei Beratungsstellen hätten den Betrieb eingestellt. Bei zwei Stellen sei die Situation noch nicht vollständig geklärt.